



**Presseinformation**

17.02.2011  
Seite 1 von 12

Staatskanzlei  
Pressestelle  
40190 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-1134 oder 1405  
Telefax 0211 837-1144

[presse@stk.nrw.de](mailto:presse@stk.nrw.de)  
[www.nrw.de](http://www.nrw.de)

**Rede**

**Ministerpräsidentin Hannelore Kraft**

**am 17. Februar 2011**

**an Bochum**

***(Übergabe Bochumer Memorandum 2011)***

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Anrede,

Bildung, Politik, Bildungspolitik und vor allem Schulpolitik sind nicht mit Federstrichen oder Zauberformeln zu machen, im Gegenteil. Ich glaube, sie bleiben auch dauerhaft das Bohren dicker Bretter.

Aber man muss aufpassen, dass man bei dieser anstrengenden Arbeit manchmal nicht selbst verbohrt wird. Darum ist es gut, hin und wieder einen Schritt zurückzutreten und sich zu vergewissern, sind es überhaupt die richtigen Bretter, die ich bohre? Und wenn wir die richtigen vor uns haben, setzen wir unsere Instrumente genau an der richtigen Stelle an? Hier in Bochum nehmen Sie sich jetzt zwei Tage Zeit für solche Selbstvergewisserungen. Für die Planung neuer Aufgaben, für die Formulierung neuer Ziele. Ich freue mich, dass ich heute dabei sein kann und Ihnen die grundlegende Bildungspolitik unserer Landesregierung erläutern kann. Für mich gibt es einen Satz, der in unserem Koalitionsvertrag ganz zentral ist und oberste Priorität hat. Das ist für mich der Satz „Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen“. Das hört sich einfach an, es ist auch praktisch zu machen, aber es ist alles andere als einfach.

Wenn wir ehrlich sind, sind wir von diesem Ziel noch sehr weit entfernt. Das gilt für NRW, das gilt auch insgesamt für Deutschland. Auch wenn PISA 2010 einige ermutigende Fortschritte gezeigt hat. Die grundlegenden Probleme konnten wir immer noch nicht ausräumen. Es bleibt viel zu tun.

Fast genau auf den Tag vor sechs Jahren, am 18. Februar 2005, hat mein Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, Peer Steinbrück, ebenfalls hier an dieser Stelle gesprochen.

Anlass war das 1. Bochumer Memorandum – mit neuen Prüfsteinen zur Bildungspolitik der Landtagsparteien und der Landesregierung.

In diesem Memorandum hieß es: Ich zitiere:

„Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im unteren Qualifikationsniveau, die in hohem Maße aus sozial schwächeren Familien stammen, bleiben abgehängt wie eh und je. So bietet die Abschlussbilanz zum Bochumer Memorandum das Bild einer Gesellschaft, die weiter ausein-

ander driftet. Dies aber ist eine Perspektive, die das Land sich nicht leisten kann.“

Eine Legislaturperiode weiter hat sich wenig, ich finde zu wenig, an dieser Diagnose geändert. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, lassen sich nach wie vor mit einigen Schlag- und Stichworten beschreiben:

- Es geht um die schulische Integration und die Chancengerechtigkeit für Kinder sogenannter bildungsärmerer Familien
- Es geht um die Frage, wie der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss massiv reduziert werden kann.
- Wir müssen die starken Muster sozialer Vererbung auch mit den Instrumenten von Schule und Bildungseinrichtungen endlich durchbrechen.

Kein Kind zurücklassen. Heute wird viel über Bildung auf den unterschiedlichen Bildungsstufen geredet. Ich bin sogar fest davon überzeugt, wir müssen noch einen Schritt vorher anfangen. Aus der Forschung, insbesondere aus der Hirnforschung, wissen wir, wie früh eigentlich Möglichkeiten begrenzt bzw. definiert werden. Das bringt mich zu der Auffassung, dass eine gute Bildungspolitik schon mit den Eltern beginnen muss. Das heißt, wir müssen es schaffen, frühzeitig schon mit werdenden Eltern Kontakt aufzunehmen, eine Brücke zu bauen und als Staat die Systeme zu durchbrechen, die zu fatalen Fehlentwicklungen führen. Eltern, die Schwierigkeiten haben, die nicht klar kommen, die gehen nicht zu einem Jugendamt. Weil das Jugendamt die Einrichtung ist, die Ihnen möglicherweise das Kind auch abnehmen kann. Deshalb ist es Aufgabe von Politik, vorbeugende präventive Strukturen zu verändern, in die Stadtteile zu gehen, auf die Eltern zuzugehen. Dabei könnten die Familienzentren eine gute Basis bilden.

Aber wir brauchen eine andere Verbindung in die Elternschaft hinein und wir müssen eine Brücke haben, auf der Hilfsleistung transportiert werden können. Deshalb beginnt für mich Bildungspolitik schon auf dieser Ebene. Und das bedeutet, dass wir auf der kommunalen Ebene solche Strukturen verändern müssen.

Wir müssen diese Strukturveränderungen gezielt vornehmen und dazu brauchen die Kommunen die Handlungsfähigkeit, die sie heute aus finanziellen Gründen nicht haben. Ganz im Gegenteil. Die Last, die sie drückt, das sind die sozialen Reparaturkosten, die vielen Sozialausgaben, die ansteigen und ihnen die Luft zum Atmen finanziell gesehen nimmt. Viele Kommunen sind in schwieriger Lage; wir haben von 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen nur noch acht, die keine Haushaltsprobleme haben. Alle anderen stehen vor dem Problem, dass sie zwar die Pflichtleistung erbringen und die Reparaturkosten bezahlen müssen, aber sie dürfen in weiten Teilen nicht mehr in die freiwilligen Leistungen investieren, das heißt in die Vorbeugung. Hieraus entsteht eine Spirale, die es zu durchbrechen gilt und deshalb ist die Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen auch ein zentraler Faktor für gute Bildungspolitik in unserem Land.

Wir versuchen alles, um diese Finanzsituation zu verbessern aber Fakt ist, das wird nicht gelingen, wenn der Bund hier nicht seine Aufgaben übernimmt.

Gerade geht es bei den Hartz IV-Verhandlungen in Berlin um das sogenannte Bildungspaket. Aber es geht auch um die Frage, ob Kommunen in die Lage versetzt werden, an der richtigen Stelle das Richtige zu tun. Das bedeutet, dass der Bund hier auch Soziallasten von den Kommunen abnehmen muss. Wir werden von unserer Seite das tun, was möglich ist. Wir werden mit den Kommunen Vereinbarungen treffen, präventive vorbeugende Strukturen auf kommunaler Ebene umzugestalten, um hier zu besseren Ergebnissen zu kommen.

Wir alle wissen, was zu tun ist. Quantität und Qualität müssen verbessert werden, die Revision von KiBiz wird dafür die richtigen Weichen stellen. Es wird darum gehen, die Finanzierung zu verbessern - auch in haushaltsschwieriger Zeit.

Ich werde nicht zulassen, dass wir mit Milliarden Euro Banken retten, aber nicht in der Lage sind, unser Bildungssystem so zu finanzieren, dass es endlich gute Ergebnisse bringen kann.

Wir alle wissen, Bildung muss in der KITA beginnen. Deshalb gehört für mich auch die Gebührenfreiheit der KITAS mit in ein schlüssiges Ge-

samtkonzept von der KITA bis zur Hochschule, Bildung muss gebührenfrei sein.

Lassen Sie mich ein Wort zur Hochschule sagen. Auch hier haben wir noch einige Aufgaben vor uns. Die Lehrerbildung ist reformiert, wir werden aber weiter am Ball bleiben, um zu noch besseren Ergebnissen zu kommen. Stichwort: Bachelor, Master. Wir haben eine riesige Systemumstellung vorgenommen, weil unsere Studierenden im internationalen Vergleich zu lange studiert haben und wir wollten, dass Bildungsabschlüsse und Übergänge in Europa erleichtert werden. An vielen Stellen haben wir das erreicht, an manchen noch nicht.

Aber eins macht mir Sorge. Wir müssen sehen, dass wir den Druck, der auf unseren Kindern schon von der Grundschule an lastet, aus dem System bekommen. Bildung muss auch Freude machen, Bildung muss auch Freiräume bieten und Bildung ist nicht nur Wissensvermittlung. Das ist für mich auch ein ganz zentraler Punkt.

Alles, was wir in diesem Bereich vorhaben, kostet aber Geld. Deshalb haben wir uns im Haushalt 2011 vorgenommen, eine Milliarde Euro mehr für Vorbeugung, Kinder und Bildung auszugeben. Eine Milliarde mehr bei einem Gesamthaushalt von rund 55 Milliarden ist eine Menge Geld, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir einen riesigen Schuldenberg immer noch vor uns herschieben. Es bedeutet, dass wir noch weitere Schulden machen und darüber gibt es viele Diskussionen. Die werden jetzt miteinander vermengt. Es gibt zurzeit ein Gerichtsverfahren vor dem Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Dort geht es aber nicht um den Haushalt 2011 und um diese Bildungspolitik, diese vorbeugende Politik, sondern dort geht es um den Nachtragshaushalt 2010. In dem ist von rot-grüner Politik überhaupt nichts drin. In diesem Nachtragshaushalt waren 1,3 Milliarden Euro vorgesehen für die Risiken der Bad Bank der WestLB. In dieser Bad Bank der WestLB liegen für 77 Milliarden Euro faule Papiere, der gesamte Landeshaushalt umfasst 55 Milliarden. Für diese faulen Papiere, ich sag das mal etwas lax, steht das Land mit einer Garantie von 3,5 Milliarden ein und diese Garantie wird fällig werden. In den nächsten Monaten - ob das zwei oder zwanzig Monate sind - kann ich Ihnen nicht sagen, aber es ist ein erkennbar überschaubarer Zeitraum. Ich kann Ihnen das deshalb nicht sagen, weil diese Papiere die unangenehme Eigenart haben, dass sie sich wie Dominosteine entwickeln können und wir dann ganz

plötzlich vor Riesensummen stehen, die wir in relativ kurzer Zeit aufbringen müssen. Für diese Risiken hatte die Vorgängerregierung eine Rücklage von 1,1 Milliarden gebildet, wir haben sie aufgestockt um 1,3 Milliarden. Dafür müssen wir neue Schulden machen, auch die 1,1 Milliarden sind mit Schulden finanziert worden. Aber das wollten CDU und FDP nicht akzeptieren; sie sind vor das Verfassungsgericht gezogen, weil ihrer Meinung nach diese Rücklage verfassungswidrig sei. Wir werden sehen, wie das Gericht im März entscheidet.

Das wird sich aber gegebenenfalls auch auf den Haushalt 2011 auswirken.

Bedeutet das, dass wir dann im Jahr 2011 diese Milliarde Euro für Bildung und Vorbeugung nicht aufwenden? Ich sage das hier und heute in aller Deutlichkeit: Ich werde als Ministerpräsidentin nicht die Verantwortung dafür tragen, dass wir die dringenden notwendigen Zukunftsinvestitionen in Vorbeugung und Bildung unterlassen, nur weil wir solche Zahlungen für andere Bereiche werden vornehmen müssen. Und das darf ich auch nicht zulassen, weil es nicht nur sozialpolitisch und bildungspolitisch richtig ist, hier zu investieren, sondern es ist auch haushaltspolitisch und wirtschaftspolitisch richtig, in diese Felder zu investieren. Warum? Wir wissen heute, dass die größte Bedrohung für unseren Wirtschaftsstandort der Fachkräftemangel ist. Wir brauchen mehr junge Menschen mit besserer Ausbildung. Wenn wir eine Politik machen, die auf Prävention und Vorbeugung ausgerichtet ist, mit gezielten Investitionen in diese Felder hinein, schaffen wir zweierlei Dinge. Zum einen werden wirklich Ausgaben gesenkt, in dem diese gar nicht erst anfallen. Das sind die Reparaturkosten, von denen ich gesprochen habe. Was sind das für Reparaturkosten? Das sind zum Beispiel Warteschleifensysteme für Schüler, die einen Abschluss gemacht haben aber keine Ausbildung bekommen. Oder nehmen wir die Arbeitsamtmaßnahmen für diejenigen, die gar keinen Abschluss gemacht haben, um sie wieder in Beschäftigung zu bringen. Bis hin zu Kosten im Bereich der Jugendhilfe. Und ich möchte nur eine Zahl nennen. In Nordrhein-Westfalen haben die Kommunen im Jahr 2009 fast 1 Milliarde Euro ausgegeben für Maßnahmen wie Inobhutnahmen und Heimunterbringung. Die Stadt Duisburg bezahlt für solche Maßnahmen mehr als für die gesamte KITA-Betreuung.

Das sind Reparaturkosten, die wir dringend stoppen müssen. Dazu müssen wir jetzt die richtigen Maßnahmen auf den Weg bringen. Mit gezielten Investitionen werden wir dafür sorgen, dass die Reparaturkos-

ten in diesem Umfang nicht mehr anfallen. Es wird die Ausgaben senken und die Einnahmen steigern, wenn mehr junge Menschen bessere Abschlüsse machen. Dann steigt auch die Wirtschaftskraft.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht sparen werden. Der Haushalt, den wir nächste Woche diskutieren, umfasst jetzt Kürzungen in Größenordnungen von einer halben Milliarde Euro. Wir haben dabei die einzelnen Ressorts überprüft. Wir müssen genau definieren, was der Staat in Zukunft noch machen soll und was vielleicht nicht mehr seine Aufgabe ist. Effizienzteams gehen durch die Ressorts und definieren, was ist die Aufgabe, wo kann man Aufgaben zeitlich strecken, wo kann man vielleicht auch den finanziellen Anteil des Landes ein Stück weit zurücknehmen. Effizienzreserven zu heben, auch das ist und bleibt Aufgabe von Politik, aber niemand soll glauben, dass wir durch solche Kürzungsmaßnahmen von einer Neuverschuldung in 2011 von 7,1 Milliarden herunter auf die verfassungsgemäße Größenordnung von 3,9 Milliarden Euro kommen. Diese Reserven gibt es in unserem Ausgabensystem in dieser Größenordnung nicht. Man muss Schritt für Schritt hineingehen, man muss Aufgabenüberprüfung vollziehen, aber nicht mit der Sense die Ausgaben kappen, das ist der falsch Weg, da ist die Zitrone gerade im personellen Bereich schon weitgehend ausgequetscht.

Eine solche Politik ist nicht einfach zu erklären. Das ist schwierig und man bekommt schnell ein Etikett angehängt. Das wird gerade versucht - „die Schuldenkönigin“. Wenn man mich als Schuldenkönigin bezeichnet, dann gebe ich den Titel gerne an Frau Merkel weiter, denn die Kreditfinanzierungsquote des Bundes ist erheblich schlechter als die des Landes.

Wir brauchen mehr junge Menschen mit besseren Abschlüssen und wir wissen, dass sich diese Präventions-Maßnahmen rechnen. Manche rechnen sich sehr schnell, Beispiel KITA-Plätze. Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben, die werde ich demnächst öffentlich vorstellen, danach rechnet sich jeder neue KITA-Platz nach 2 Jahren. Das ist doch eine gute Investition. Mehr junge Frauen können und wollen arbeiten, haben mehr Betreuungsplätze, diese Rechnung geht relativ schnell auf. Manche Maßnahmen dauern etwas länger. Schaffen wir es, die Schulabbrecherzahl zu senken, können wir Milliarden zusätzlicher Einnahmen erzielen und Milliarden Euro an Ausgaben einsparen. Auch dazu gibt es Studien in Deutschland.

Wir wissen, dass auch die Kosten der Kriminalität rasch abzusinken sind, wenn wir es schaffen, mehr Kinder zu schulischem Erfolg zu führen, denn es gibt einen direkten - inzwischen wissenschaftlichen belegten - Zusammenhang, zwischen Schulmisserfolg, keinen Abschluss und Kriminalitätskosten.

Im schulischen Bereich heißt vorbeugende Politik „kein Kind zurückzulassen“ durch ein durchlässiges Schulsystem. Jedes Kind muss immer wieder die Chance haben, auch zu weiteren höheren Abschlüssen zu kommen. Das war in unserem Bildungssystem, wie wir es vorgefunden haben, nicht gewährleistet. Darüber besteht, glaube ich auch, weitgehende Einigkeit. Deshalb haben und müssen wir Schluss machen mit dem viel zu frühen Sortieren unserer Kinder auf unterschiedliche Schultypen in sehr frühem Lebensalter.

Deshalb brauchen wir auch mehr individuelle Förderung, kleinere Lerngruppen und deshalb haben wir uns klar entschieden, alle Demografiegewinne im Bildungssystem zu belassen. Das heißt, jede Lehrerstelle, die wegfallen könnte, weil wir weniger Schüler haben, wird nicht wegfallen sondern im System belassen.

Das ist die Zusicherung, die Ihnen diese Landesregierung gibt. Und vor diesem Hintergrund haben wir das Konzept der Gemeinschaftsschule entwickelt. Ein Konzept, das auf wachsende Zustimmung trifft. Den Schulträgern geben wir die Möglichkeit, durch die Zusammenführung bereits bestehender Schulformen zu einer Gemeinschaftsschule ein wohnortnahes Schulangebot zu erhalten. Inzwischen sind 17 Schulen auf den Weg und mehr als 40 haben ihr Interesse bekundet. Wir setzen auf den Konsens vor Ort. Wir wollen keinen Schulkrieg in Nordrhein-Westfalen, deshalb gehen wir sehr behutsam Schritt für Schritt vor und wir glauben immer noch an die Einsichtsfähigkeit aller am System Beteiligten.

Die Gemeinschaftsschule muss aus der Diskussion und der Abstimmung innerhalb und zwischen den Kommunen hervorgehen. Die Resonanz ist vor allem - aber nicht nur - in den ländlichen Regionen groß. Sie ist übrigens auch dort groß, wo die politische Farbenlehre dem „eigentlich“ entgegen stehen würde. Da könnte man vielerorts auch bei der CDU ein Aufatmen hören und ich denke es ist gut, wenn nach und nach

alle bei diesen Realitäten ankommen. Interessant ist übrigens auch, wenn man in den Süden der Republik schaut, dass der bayerische Kultusminister mit Blick auf die Gemeinschaftsschulen vor kurzem von einem „kalten Bildungs-Staatsstreich“ in Nordrhein-Westfalen gesprochen hat. Ob die wissen, dass sich an diesem Staatsstreich auch die Bürgermeister und Eltern in Ascheberg, Billerbeck oder Lippetal beteiligen? Es scheint jedenfalls, dass diese Art von Revolution langsam auch im Süden droht. Denn in Denkendorf im Altmühltal will der dortige CSU-Bürgermeister auch eine Gemeinschaftsschule nach NRW-Vorbild. Glück auf!

Ich bin jedenfalls optimistisch, dass wir in Nordrhein-Westfalen von den schrillen Tönen in der Schulpolitik langsam wegkommen und das sich jetzt eine schulpolitische Grundstimmung verbreitet, in der man sich un-aufgeregter und in der Sache zugewandt verständigen kann.

Die CDU hat gerade den Ansatz eines Bildungskonzeptes vorgelegt. Mich hat eine Sache dabei besonders erstaunt. Plötzlich sagt die CDU, dass die Gesamtschule ein wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems ist. Herzlichen Glückwunsch, das finde ich schön und darüber freue mich sehr. Aber dass dann die Gemeinschaftsschule abgelehnt wird, die ja in der integrierte Form praktisch eine Gesamtschule ist, das kann mir von der CDU bisher keiner erläutern. Insofern warten wir ab, wie der Bildungsprozess dort weiter geht. Signale sind erkennbar und ich glaube, wir sollten die Chance ergreifen. Es wäre ein Segen, wenn wir zu einem grundlegenden Konsens kämen, der immer mit Schulfrieden bezeichnet wird, damit wir nicht bei allen Wahlterminen wieder in die alten Schlachtrituale zurückfallen müssen.

Kein Kind zurücklassen muss für alle Kinder gelten, auch und besonders mit Blick auf Kinder mit Behinderung. Das Stichwort heißt hier Inklusion und ich bin froh, dass hier in den zwei Tagen dem auch ein großer Raum gesetzt wird. Das ist eine gewaltige Aufgabe, weil am Ende ein echtes Wahlrecht der Eltern stehen soll, ob sie ihr behindertes Kind an einer Förderschule oder an einer Regelschule anmelden.

Wir haben vorhin gehört, Ihnen fehlt manchmal die Wertschätzung, ich sage Ihnen hier und heute, die Wertschätzung bei mir ist vorhanden, ich habe nämlich das getan, was vorhin eingefordert worden ist. Ich gehe jeden Monat in Unternehmen und Einrichtungen und arbeite dort einen

Tag mit. Ich habe das auch in einer Schule getan. Ich hab jetzt einen etwas anderen Einblick, der sich unterscheidet von meiner Schülerzeit und meiner Zeit als Mutter eines Schülers. Aus einer anderen Perspektive Ihre Arbeit zu sehen, hat mich tief beeindruckt. Ich habe hohen Respekt vor dem, was Sie leisten und ich weiß, Sie alle wünschen sich, von Reformen manchmal einfach nur verschont zu werden. Aber bitte helfen Sie gerade bei diesem Thema mit, wir brauchen Sie alle, damit Inklusion in Nordrhein-Westfalen schnell und gut gelingen kann.

Der erste Ansatzpunkt für einen konkreten Inklusionsplan soll Mitte des Jahres vorliegen. Ich freue mich sehr, dass ein weitgehender Schulterschluss – allerdings ohne die FDP - mit den Fraktionen im Landtag möglich gewesen ist. Auch das ist ein gutes Zeichen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung agiert als Minderheitsregierung. Das ist nicht ohne Probleme, das ist aber auch nicht ohne neue Chancen und in jedem Fall ist es eine Herausforderung. Aber nach einem guten halben Jahr ist erkennbar, dass diese Herausforderung nicht ohne praktische Effekte und durchaus positive Resonanz geblieben ist.

Das Angebot machen zu müssen, in einer Minderheitsregierung in Gespräche einzutreten, führt dazu, dass es häufiger mehr um die Sache geht als das manchmal vorher der Fall gewesen ist. Das Parlament ist wichtiger geworden, auch die regierungstragenden Fraktionen haben eine andere Bedeutung als in normalen Regierungskonstellationen.

Die Bildungskonferenz, zu der die Schulministerin und ich alle Beteiligten eingeladen haben, steht für das, was ich meine. Hier findet ein wirklicher Austausch statt. Die Aachener Zeitung hat dazu Anfang Februar zu Recht geschrieben „Mehr Diskurs und Dialog war nie in der NRW Schulpolitik“ und dafür gebührt mein ausdrücklicher Dank meiner Kollegin Sylvia Löhrmann.

Meine Damen und Herren, wir dürfen keine Zeit verlieren. Darum haben wir als Landesregierung in der Schulpolitik auch schnell gehandelt. Kopfnoten, Elternentscheidung, Grundschulbezirke oder Drittelparität. Aber wir wissen auch, dass wir bei der Bildungspolitik eben nicht nur auf die Schulen schauen dürfen. Wir müssen die gesamte Bildungskette auf den verschiedenen Altersstufen in den Blick nehmen. Und das geht in

der Bildungskette bis weit über Schule, Beruf und Hochschule hinaus. Wichtig ist mir auch der Bereich der Ausbildung: Im Ausbildungskonsens NRW wurde eine bahnbrechende Vereinbarung getroffen und da danke ich an dieser Stelle Andres Meyer-Lauber, der maßgeblich daran mitgewirkt hat. Vielen Dank dafür.

Nordrhein-Westfalen wird als erstes Flächenland einen systematischen Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf organisieren. Unser Motto ist „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Dazu sind ein standardisiertes und flächendeckendes Angebot der Berufsorientierung in allen Schulformen und eine Optimierung des Übergangsystems von Schule in den Beruf erforderlich. Die Partner im Ausbildungskonsens - Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Kommunen - haben sich alle darauf verständigt, hierzu einen Beitrag zu leisten. Manchmal hilft auch der demografische Druck ein Stück weiter. Wir verbessern so die Ausbildungsreife der Jugendlichen und haben so eine wichtige Grundlage für das Ziel, das mir besonders am Herzen liegt. Ich möchte, dass wir in den nächsten Jahren in die Lage kommen, allen Jugendlichen, die sich anstrengen, eine Ausbildungsgarantie zu geben. Eine Garantie, meine Damen und Herren. Und das heißt für mich, dass wir eine gesellschaftliche Veränderung vornehmen, die mir große Sorgen bereitet. Ich erlebe zunehmend Schülerinnen und Schüler, die sich ihrer Perspektivlosigkeit oder vermeintlichen Perspektivlosigkeit manchmal so bewusst sind, dass sie ihren Lebensschwerpunkt nicht auf Schule und Bildung legen, sondern in andere Bereiche und uns ein Stück weit abdriften.

Wenn Schüler der 7. Klasse erkennen, dass diejenigen, die den Abschluss gerade machen, am Ende keinen Ausbildungsplatz bekommen, dann hat das gesellschaftliche Effekte, die wir in diesem Land auf Dauer nicht aushalten werden und die dann zu hohen Folgekosten führen. Das gilt es über eine solche Ausbildungsgarantie zu vermeiden. Und daran werde ich hart arbeiten, das verspreche ich.

Mir ist wichtig, einmal deutlich zu machen, wir brauchen in der Bildungspolitik einen umfassenden Ansatz, wir brauchen einen langen Atem und wir müssen lernen, wieder in größeren Zeiträumen zu denken. Auch wir sind in unseren Entscheidungen in eine Kurzfristigkeit verfallen.

Da komme ich noch einmal zurück zur Prävention: Dass die Effekte einer solchen präventiven Politik eintreten, bezweifelt niemand. Aber manche dieser Maßnahmen werden womöglich erst in einer Generation wirken. Müssen wir deshalb das Richtige lassen, nur weil der politische Erfolg nicht in dieser Legislaturperiode kommt? Nein, das wäre die falsche Politik für Nordrhein-Westfalen.

Auch wenn es ein politisches Risiko bedeutet: Wir müssen das eigentliche Ziel im Auge behalten und weiter an dem dicken Brett bohren, an der Aufgabe arbeiten, kein Kind zurückzulassen. Denn wir entscheiden heute darüber, jetzt und hier, ob wir in 10 oder 20 Jahren mehr Kinder unter die Obhut der Jugendämter stellen müssen oder weniger. Ob wir mehr junge Menschen im Justizvollzug haben oder weniger. Ob wir mehr Schulabbrecher haben oder weniger. Ob mehr Menschen ihre Perspektive auf die Sozialsysteme richten müssen, anstatt auf beruflichen Aufstieg setzen zu können.

Damit entscheiden wir auch darüber, ob in 10 oder 20 Jahren ein noch größerer Teil aller öffentlichen Haushalte für soziale Reparaturkosten gebunden wird.

Diese Entscheidung richtig zu treffen, fordert Entschlossenheit und Mut zur Veränderung. Und sie erfordert natürlich auch Ressourcen, auch finanzielle Ressourcen, einen langen Atem und bei vielen leider immer noch Überzeugungsarbeit.

Den Gesprächen heute und morgen wünsche ich einen lebhaften und fruchtbaren Verlauf. Sie leisten in hervorragender Weise Ihren Beitrag zur Fortentwicklung unseres Landes. Vielen Dank dafür.